

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Christoph Marksches

VORSTELLUNG DER STUDIE „DEMOKRATIE IN DER KRISE“

24. Januar 2022, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften

Begrüßung*

Als Hausherr begrüße herzlich gern in diesem Saal, Sie, verehrter Herr Dittmer, als Vorstand der Körber-Stiftung, mit herzlichem Dank dafür, dass die Stiftung eine mit Literaturbericht und Umfragen unterlegte Studie zum Zustand der Demokratie in der Krise in Auftrag gegeben hat – über die Notwendigkeit, in der gegenwärtigen Krise einer globalen Pandemie nach der Resilienz der Demokratie zu fragen, kann ja gar kein Dissens bestehen und die Akademie freut sich, diese Studie mit ihren eigenen Bemühungen um Lehren aus der Pandemie ins Gespräch zu bringen. Sie sind am richtigen Ort. Ich begrüße aber auch unser Mitglied Julian Nida-Rümelin, dass seine eigenen Aktivitäten zu normativen Konstituenzien der Demokratie in unserem Hause ergänzt hat durch diese Studie, die er gemeinsam mit Dorothea Winter aus der Humboldt-Universität und Niina Zuber von der Bayerischen Akademie der Wissenschaften abgefasst hat. Unsere Mitglieder Wolfgang Merkel und Michael Zürn haben gemeinsam mit anderen den Text im Text knapp kommentiert. Die Personen, die nachher den Text kommentieren werden, begrüße ich natürlich auch herzlich gern als Hausherr im Hause – Wolfgang Schäuble, Alterspräsident des jetzigen Bundestages, Präsident des vorigen Bundestages und als Verhandlungsführer des Einungsvertrages in gewisser Weise mit verantwortlich dafür, dass es seit fast dreißig Jahren BBAW in dieser Form gibt. Thea Dorn schreibt nicht nur Bücher verschiedener Genres und gibt sie heraus, sondern diskutiert auch gern über Bücher und leitet Diskussionen an, um nur ganz wenig zu sagen und Stephanie Rhode kann man im Westdeutschen Rundfunk, aber auch im Deutschlandfunk hören. Seien Sie uns herzlich willkommen, aber natürlich auch alle, die gekommen sind, um den eben Genannten zuzuhören.

Ich habe Sie alle als Hausherr begrüßt. Denn ob ich als Historiker der Religionen der kaiserzeitlichen Antike, in denen das römische Reich gewiss keine Demokratie mehr war, oder als evangelischer Theologe für qualifizierte Bemerkungen zur heute präsentierten Studie sonderlich geeignet bin, könnte gefragt werden. Der Göttinger Jurist Hans Michael Heinig hat vor kurzem an den einstigen Bundespräsidenten Gustav Heinemann erinnert und ihn als Repräsentanten einer nicht nur unter protestantischen Theologen wie Laientheologen verbreiteten Tendenz vorgeführt, am Beispiel des Parlamentes Realitäten der Demokratie normativ stark aufgeladene Ideale gegenüber zu stellen – im Falle Heinemann ein „Synodenideal“ mit „geschwisterliche[r] Sachorientierung unter dem Wort Gottes“ dem „parteipolitisch hart ausgetragene[n] Kampf um Macht und Interessen“. Pikant war Heinemanns Vergleich aus dem Jahre 1973 weniger, weil der politisch motivierte Streit seit dem neunzehnten Jahrhundert schon immer evangelische Synoden beeinflusste, wenn nicht dominierte, pikant wird er, weil Heinig auf die inhaltlichen Konvergenzen mit Carl Schmitts „Geistesgeschichtlicher Lage des heutigen Parlamentarismus“ von 1926 hinweist. In dieser Schrift wird „das deliberative Ideal des 19. Jahrhunderts mit der Realität einer pluralistischen Massengesellschaft“ kontrastiert.¹

* Für wichtige Hinweise und gute Gespräche danke ich herzlich meinem Referenten Roland Römhildt.

¹ Hans Michael Heinig, *Die Krisen der Repräsentation und das evangelische Kirchenrecht*, in: Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht 66 (2021), S. 333–357; besprochen durch Martin Otto, *Mehr Synode wagen. Gustav Heinemanns Demokratieverständnis*, in: FAZ, 19.1.2022, S. N 3; vgl. bereits Hans Michael Heinig, *Der Protestantismus in der deutschen Demokratie*, in: FAZ, 24.8.2015, S. 6.

Solche von Heinemann gewiss nicht beabsichtigten Konvergenzen machen allerdings deutlich, dass überspanntes Insistieren auf Normativität auch Gefahren birgt. Ich meine vor allem die Gefahr, den Alltag von Demokratie in der Krise der Pandemie als Krise der Demokratie zu stilisieren und damit ein Stück weit populistischer Insolvenzhetorik auf den Leim zu gehen. Nicht, dass wir uns missverstehen: Hoffentlich wird niemand dem gehaltvollen Insistieren auf Normativität widersprechen, das diese Studie und überhaupt die Einlassungen von Julian Nida-Rümelin durchzieht. Diesem Blickwinkel verdanken sich aus meiner Sicht beherzigenswerte Vorschläge zu gesteigerter Bürgerbeteiligung, die im heute vorzustellenden Text gemacht werden. Aber ich gebe mit aller Vorsicht, die meiner gänzlich anderen Profession geschuldet ist, zu bedenken, ob nicht eine angelsächsische Haltung *normativ gehaltvollen Tiefstapeln* beim Insistieren auf Differenzen zwischen normativem Ideal und faktischer Realität auch ein Dienst an der Demokratie in der Krise sein könnte.

Die Studie verwendet den Titel „Demokratie in der Krise“ bewusst doppeldeutig, weil hier gefragt wird, ob „die Pandemiekrise zugleich eine Demokratiekrise, zumindest eine verlorene Schlacht in der Systemkonkurrenz demokratischer mit autokratischen und totalitären Systemen“ ist. „Oder“ (weiter wörtlich) „wird die Demokratie aus dieser Krise gestärkt hervorgehen, weil sie die sozialstaatlichen Strukturen und die gemeinsame europäische Verantwortung gestärkt hat?“. Ich fragte mich bei der Lektüre, was es eigentlich für diese scharf konturierte Alternative bedeutet, wenn man – wie beispielsweise Armin Nassehi, ein Münchener Kollege von Julian Nida-Rümelin – die Krise viel stärker als die neue Normalität begreift.² Müsste man dann nicht angesichts der prekären und vorläufigen Entscheidungskapazitäten in einer Demokratie unter den Bedingungen der Globalisierung und auch globaler Krisen erst einmal die Leistungsfähigkeit der bundesrepublikanischen Demokratie betonen? Ich verstehe unter normativ gehaltvollem Tiefstapeln, die in einer Krise besonders deutliche Vorläufigkeit, Imperfektion und Labilität nicht zu denunzieren, sondern gleichsam einpreisen in ein realistisches und zugleich normativ anspruchsvolles Konzept von Demokratie. Unser Mitglied Uwe Schimank hat vor einiger Zeit einmal darüber gehandelt, wie Entscheidungsfindung unter prekären Bedingungen einer Demokratie in einer globalen Krise wie einer Pandemie theoretisch anspruchsvoll zu denken ist, ohne die Improvisation angesichts von „wicked problems“, „böartigen Problemen“, gleichsam wegzutheoretisieren.³

Wollen Sie mir, sehr verehrte Damen und Herren, an dieser Stelle folgen, dann ist die heute vorzustellende Studie vor allem dort gut, wo sie keine abstrakte oder pauschale System-, Medien- oder Politik-Kritik betreibt (und sei es an einer angeblich pauschalen Obrigkeitshörigkeit), sondern sehr konkret Vorschläge für die Verbesserung von organisationalen Prozessen macht, sich also in das Grau in Grau des Alltags und seiner Details begibt. Pragmatik muss hier jedenfalls keinen normativen Substanzverlust bedeuten. Einer dieser sehr pragmatischen Vorschläge ist die Stärkung der Stiftungsaktivitäten in diesem Bereich – und, lieber Herr Dittmer, durch die Unterstützung dieser Studie durch die Körber-Stiftung haben Sie ja demonstriert, wie hilfreich diese konkrete Forderung für das hier intendierte Programm ist. Insofern entspricht es nicht nur der Choreographie dieses Abends, wenn ich Ihnen nun nicht nur nochmals herzlich danke, sondern auch das Wort übergebe.

² Vgl. das von ihm und Peter Felixberger herausgegebene Kursbuch Nr. 170 „Krisen lieben“ (2012).

³ Uwe Schimank, *Coping: Entscheiden, wenn das kaum noch möglich ist*, in: Leviathan 47/2 (2019), S. 192–214.